Der Begriff der "Siedlungen" spielt in der politischen Auseinandersetzung um Judäa&Samaria eine entscheidende Rolle.

"Siedlungen" sind Wohngemeinschaften, die irgendwo jenseits der "Grünen Linie" liegen und denen durch die Regierung rechtlicher Status verliehen wurde. Sie wurden zwischen 1967 (nach der Gebietserweiterung durch den Sieg des Sechstagekrieges) und 1999 gebildet. Was ist die "Grüne Linie"? Sie ist die Waffenstillstandslinie, die 1949 auf Rhodos mit einem grünen Stift als vorläufige Vereinbarung, bis zu einer Friedensregelung, auf die Landkarte gezeichnet wurde.

Die internationale Gemeinschaft sieht auch in Gebieten von Ost-Jerusalem "Siedlungen". Israel dagegen spricht von keinem Teil der Hauptstadt als von Siedlung, weil es den östlichen Teil nach dem Sechstagekrieg annektierte. 320.000 Juden leben in Jerusalems Wohngebieten jenseits der "Grünen Linie".

Das Wort "Siedlung" ist zu einem Begriff des politischen Kampfes geworden. Denn er soll eine kleine Wohngemeinschaft, etwas Vorläufiges und Illegales assoziieren.

Es gibt 131 "Siedlungen" in Judäa&Samaria. Die größten sind Modiin Illit mit immerhin ca. 73.000 Einwohnern, Beitar Illit mit über 57.000 und Maaleh Adumim mit ca. 40.000, gefolgt von Ariel mit 18.700 Einwohnern (plus 10.000 Studenten).

Alle "Siedlungen" liegen im sog. Gebiet C, das ca. 60 % von Judäa&Samaria ausmacht. Von dieser Fläche sind bisher nur weniger als 2% bebaut. Etwa 430.000 Juden leben dort.

Immer wieder wird ein Einstellen des Wohnungsbaus gefordert.

Internationales Aufbegehren gegen die Bautätigkeit gibt es jeweils bereits, wenn von Bauplanung (die verschiedene Instanzen zu durchlaufen hat) berichtet wird, dann noch einmal, wenn der Bau beginnt, und schließlich nach Fertigstellung von Wohnungen.

In der westlichen Welt geht man meist davon aus, dass die Siedlungstätigkeit der Hauptgrund für feindliche Übergriffe der "Palästinenser" sei. Es gab aber schon Terroraktionen in einer Zeit in der Israel noch gar nicht die Möglichkeit hatte, "Siedlungen" zu bauen, nämlich vor dem Sechstagekrieg. (Markanteste Beispiele in 1929 und 1947)

Araber haben in diesem Gebiet C schon über 58.000 Gebäude illegal errichtet, auch durch wesentliche Unterstützung der EU.

Das Tauziehen um die "Siedlungen" betrifft auch den wirtschaftlichen Bereich. Es gibt eine weltweite Kampagne BDS (Boykott, Deinvestment, Sanktionen). Sie richtet sich gegen Firmen in Judäa&Samaria und solchen Unternehmen im Ausland, die mit Firmen aus den umstrittenen Gebieten kooperieren.

Der Trump-Plan sieht für den Staat Israel 30% von Judäa&Samaria vor.